Morgen-Ausgabe
mit illustriertem Sportblatt

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 80 Pfg.

60. Jahrg. | Erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kinderbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich noch eine bis zwei Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Hören und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-86.

Sonnabend, 23. Juli 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12.— Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Oesterr.-Ungarn, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Skandinavien und Ungarn Bezug durch die Post. Im übrigen Ausland nur unter Streifband zum Preise für die 55 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 4.50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5980-85. Postscheck: Berlin Nr. 107 941.

Nr. 340
A 96

Tages-Spiegel.

General le Rond ist über Prag nach Paris abgereist.

*

Für die Einreihung polnischer Insurgenten in die französische Besatzungsarmee liegen neue erhärtende Beweise vor.

*

Tschitscherin protestiert auch in London gegen den Ausschluß Rußlands von der Washingtoner Konferenz.

Italien und der Schritt Laurents.

Ueber einen angeblichen Schritt des italienischen Botschafters Frassati bei der deutschen Regierung in der oberschlesischen Angelegenheit finden sich in der italienischen Zeitung „Tribuna" unzutreffende Ausführungen. Es wird dort erzählt, der italienische Botschafter habe vor einer Zusammenziehung deutscher Truppen an der schlesischen Grenze gewarnt, da eine solche Maßnahme zu einem polenfeindlichen Einfall führen könne. Es wird der Eindruck erweckt, als liege ein ähnlicher Schritt des italienischen Botschafters vor, wie ihn der französische Botschafter hier vor kurzem unternommen habe.

Diese Darstellung ist geeignet, falsche Vorstellungen in der öffentlichen Meinung hervorzurufen. Eine völlige Haltlosigkeit der polnischen Ausstreuungen über Truppenzusammenziehungen auf deutscher Seite und über irgendwelche, von Deutschland zu erwartenden Gewaltmaßnahmen wird von allen einsichtigen Kreisen des Auslandes längst erkannt. Die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien denkt nicht an Gewalt, sie hat nach all den erlittenen Drangsalen nur den einen Wunsch nach baldiger Wiederkehr von Ruhe und Frieden und nach einer gerechten Entscheidung der oberschlesischen Frage. Entsprechend dieser tatsächlichen Lage konnten in den Besprechungen zwischen dem Minister des Auswärtigen und dem italienischen Botschafter Frassati keine Andeutungen geäußert werden, wie sie in der „Tribuna" angedeutet sind. Insbesondere ist, wie wir hören, kein Wort von einer Truppenzusammenziehung gesagt worden. Der Botschafter hat lediglich in durchaus freundschaftlicher Weise dem Wunsche Ausdruck gegeben, die weitere Entwicklung in Oberschlesien möge frei von Konflikten bleiben, die etwa zu neuem Blutvergießen führen könnten. In diesem Wunsche weiß sich die deutsche Regierung eins mit der italienischen, wie auch mit der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands. Die „Tribuna" verschweigt übrigens, daß von seiten Italiens der gleiche Wunsch auch in Warschau zu Gehör gebracht wurde.

Alle Falschmeldungen der französischen Presse und auch die oben wiedergegebenen Ausführungen der „Tribuna" können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der von der französischen Regierung am Sonnabend hier unternommene Schritt weder die Unterstützung der englischen noch auch der italienischen Regierung gefunden hat.

—n.

Lloyd George und Stresemann.

Der „Temps" bespricht die Verhandlungen, die nach amerikanischer Meldung zwischen Lloyd George und Stresemann stattfanden, und versucht, sie gegen Lloyd George auszuspielen. Damals habe Stresemann, der Vorkämpfer für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, alles getan, um Reichskanzler zu werden. Nun mache der Berliner Vertreter des Konsortiums der neue Ansichten erregende Enthüllungen über Unterhandlungen, die damals zwischen der englischen Regierung und Stresemann geführt worden seien. Die englische Antwort an Stresemann sei einen Tag zu spät eingetroffen, denn inzwischen sei das Kabinett Wirth gebildet worden.

Man versteht nun leicht, so erklärt der „Temps", welche Erregung diese Enthüllungen bei der deutschen Regierung und bei der „Manchester Guardian" in Frankreich hervorgerufen hätten. Wenn diese Erklärungen nun zufällig in Deutschland fabriziert worden seien, so müsse man sie unbedingt sofort berichtigen, damit die Verstimmung beigelegt werde. Wenn aber Stresemann wirklich die Zusicherungen erhalten hat, über die die Alliierten nicht beraten hatten und nichts wissen konnten, so müsse man sich leider einsehen, welche Besorgnis eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates erweckt. Sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland würde man natürlich Mißtrauen hegen. Die englische Regierung habe in der letzten Zeit große Sympathie für das Kabinett Wirth an den Tag gelegt. Habe sie auch ihre Vorliebe für eine Ministerkombination, wie sie eventuell Stresemann bilden würde, immer noch bewahrt?

Die Konferenz Theunis-Horne.

Wir haben im gestrigen Abendblatt über die Besprechungen des belgischen Finanzministers Theunis mit Sir Robert Horne berichtet. Interessant ist nun die Stellungnahme des „Temps" zu der Verteilung der deutschen Entschädigungszahlungen, wie sie die folgende Meldung widerspiegelt:

Paris, 22. Juli. (W. T. B.) Der „Temps" bemerkt, daß der erste Schritt zu den Unterhandlungen von England ausgegangen sei. Die Mitteilungen des „Daily Telegraf" verdienten insofern eine Ergänzung, als etwa 126 Millionen Goldmark, die am 1. Mai im Besitz der Reparationskommission waren, der englischen Regierung übergeben worden und diese sich demnächst insoweit also nicht zu beklagen habe. Wenn man jetzt den „Daily Telegraf" lese, daß aber der „Temps" sage, so gewinne man den Eindruck, als ob England die nächste Tagung des Obersten Rates bewußt wolle, um die deutsch-französischen Verhandlungen über die Reparationen in natura unter dem Vorwand zum Scheitern zu bringen, daß diese Verhandlungen auf Umwegen eine Priorität zugunsten der verwüsteten Gebiete Frankreichs zu erzielen bestimmt seien.

Die Verschleppungstaktik der Franzosen.

Amsterdam, 21. Juli. „Handelsblad" führt aus, unter Leitung Korfantys und mit stiller Unterstützung der französischen Mitglieder der Interalliierten Kommission, besonders von General Lerond, hätten die Polen in Oberschlesien den Aufstand inszeniert, um damit ein fait accompli zu schaffen. Dieses sei jedoch inzwischen wieder beseitigt worden, und die Entscheidung liege also weiterhin beim Obersten Rat. Das passe der französischen Politik aber nicht. Ihr sei es noch nicht gelungen, in Oberschlesien eine Lage zu schaffen, die eine günstigere Entscheidung für Polen im Obersten Rat wahrscheinlich mache. Deswegen wolle Frankreich die Entscheidung verschieben, in der Hoffnung und Erwartung, daß neue Ereignisse schließlich diese für Polen günstige Lage schaffen würden. So sei offenbar der Widerstand zu erklären, den Frankreich immer wieder einem Zusammentritt des Obersten Rates entgegensetze. Die Lage sei nun so, daß Frankreich das Zusammenkommen des Obersten Rates auf unbestimmte Zeit verschieben wolle, was auf englischer Seite Unzufriedenheit erwecke.

„Zrije" sagt, die französische Taktik in Oberschlesien wolle die Entscheidung möglichst hinausschieben, um desto besser und um so länger intrigieren zu können. Die Lage, wie sie sei, sei völlig unhaltbar, und wenn England nicht mehr Truppen sende und ruhig zusehe, wie Frankreich seine militärische Macht in Oberschlesien vermehre, könnten Zusammenstöße zwischen italienisch-englischen und polnisch-französischen Truppen auf die Dauer nicht ausbleiben; dann laufe aber das ganze Verhältnis zwischen London und Paris Gefahr.

Basel, 22. Juli. (W. T. B.) Die „Nationalzeitung" stellt in ihrem heutigen Leitartikel fest, daß es an Frankreich bei der Regelung der oberschlesischen Frage an gutem Willen gefehlt habe. Heute könne man nicht den Verdacht los werden, daß Paris mit seiner Konferenz andere Zwecke verfolge, als die Sicherung der Autorität der Interalliierten Kommission in Oberschlesien. Das Blatt tritt sehr warm für eine rasche Entscheidung durch den Obersten Rat ein. Die Pariser Parole des Abwartens sei überaus bedenklich und vermehre nur den Jammer in Oberschlesien.

Das Oberschlesierhilfswerk.

Die Sammlungen für das Oberschlesier-Hilfswerk nehmen erfreulichen Fortgang. Die neuesten Meldungen aus Oppeln ergeben, daß der Bedarf an Mitteln zur Abhilfe der allerdringendsten Not, die in ihrem ganzen Umfange erst jetzt nach Abzug der Flüchtlingsströme übersehen werden kann, ungeheuer ist. Tausende von Familien leben ohne Lebwäsche, ohne Kleider, ohne Betten, ihrer Nahrungsmittel beraubt in halbzerstörten Häusern. Dem Oberschlesier-Hilfswerk konnten für die Notstandshilfe des Roten Kreuzes in Oberschlesien bereits fünf Millionen, zwei Millionen für die ergänzende Flüchtlingsfürsorge überwiesen werden.

Frankreich und Jugoslawien.

Wir brachten kürzlich die Nachricht der römischen Blattes „Messaggero", daß Frankreich Jugoslawien den Panzerkreuzer „Vedette" zum Geschenk gemacht habe, und von der Ersetzung der Flagge durch die Flagge Südslawiens. Die „Tribuna" versicherte übrigens, daß von seiten Italiens der gleiche Wunsch auch in Warschau zu Gehör gebracht wurde.

Alle Falschmeldungen der französischen Presse und auch die oben wiedergegebenen Ausführungen der „Tribuna" können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der von der französischen Regierung am Sonnabend hier unternommene Schritt weder die Unterstützung der englischen noch auch der italienischen Regierung gefunden hat.

—n.

Die Nachricht wurde dann von Paris aus dementiert — es hätte sich nur um ein Holzschiff gehandelt. Die nachstehende Meldung unseres römischen Korrespondenten läßt begründeten Zweifel an dem französischen Dementi aufkommen.

Rp. **Rom**, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „Messaggero" mitteilt, besagt eine in dem serbischen Blatt „Obzor" am Freitag erschienene offizielle Belgrader Meldung, Frankreich habe außer dem Kreuzer „Vedette" Jugoslawien fünf Schiffe zum Geschenk gemacht, darunter den Kreuzer, mit dem seinerzeit der serbische Thronfolger von Korfu nach Frankreich reiste. Diese Meldung steht im Gegensatz zu den französischen Dementi, das besagte, das Geschenk sei nur ein kleines Holzmotorschiff gewesen.

Erschütterte Stellung der rumänischen Regierung.

Kl. **Bukarest**, 21. Juli. Infolge der Zumultszenen bei Beratung des Gesetzentwurfs über die staatlichen Hüttenwerke „Resita" in der Kammer gilt die Stellung der Regierung Averescu als erschüttert. Die Opposition, bestehend aus den „nationalsozialen Föderation" Jorgas und aus der liberalen Partei der Brüder Bratianu, besucht die Sitzungen der Kammer nicht mehr, nachdem sie Protesterklärungen abgegeben hat. Der König empfing die Parteiführer in Rudeny. In politischen Kreisen wird die Stärkung eines Koalitionsministeriums für um so möglicher gehalten, als der König selbst den Wunsch haben soll, daß die am 27. September stattfindende Krönung von einer Konzentrationsregierung vorgenommen werde.

Note Tschitscherins.

Rp. **Rom**, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Meldung des „Matin", daß zwischen Lord Curzon und dem italienischen Botschafter in London, de Martino, über ein italienisch-englisches Orientabkommen verhandelt werde, bemerkt die offiziöse „Tribuna", diese Deutung der Besprechung gehe zu weit. Beide Staaten hätten die Orientfragen seit Jahren regelmäßig besprochen. Es bestehe kein Anlaß, von dem Abschluß eines Abkommens zu reden.

Die polnischen Umtriebe.

Eigene Drahtmeldung.

W. **Breslau**, 22. Juli.

Dem französisch-polnischen Aktionsausschuß für Oberschlesien, von dem wir gestern berichteten, gehören an der französische General de Brantes, der polnische General Cyzinski sowie eine Anzahl oberschlesischer Polenführer. Die „Oberschlesische Grenzzeitung", das Organ Korfantys in Beuthen, bringt begeisterte Artikel gegen die Engländer und Italiener und sucht die Sache so darzustellen, als ob die Artikel aus dem deutschen Lager stammten. Sie versteht dabei die Absicht, die englischen und italienischen Truppen gegen die Deutschen aufzuhetzen. Im ganzen Oberschlesien sind polnische Banden gebildet worden, die von den polnischen Zivilbehörden den Befehl erhalten haben, die Bahnhöfe im Ernstfalle zu überrumpeln und die Kassen zu plündern, damit sie in den Besitz deutschen Geldes gelangen. In verschiedenen Orten sind polnische Propaganda- und Informationsbüros errichtet worden, von den Insurgentenmissionen geleitet werden.

Was Frankreich will.

Sehl. **Basel**, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zu dem französischen Verhalten in der oberschlesischen Angelegenheit schreibt heute die „Nationalzeitung":

Frankreich schmollt und hofft, die Engländer durch seine Sabotage mürbe zu machen, vielleicht auch auf einen Sturz des ungeliebten Lloyd George und auf eine Ersetzung durch einen gefügigeren Nachfolger. Es ist nicht genügend, in den oberschlesischen und interalliierten Konflikten nachzugeben, und es geht seinen gefährlichen Weg der Verbitterung hemmenden Weg starrsinnig weiter. Millerand hat bereits die französische Politik ebenso wie die öffentliche Meinung des Landes festgelegt, und Briand war niemals der Mann, der gegen den Strom geschwommen ist. Vermutlich weiß er auch, er dazu nicht stark genug ist und verstehen würde. Man hat sich in Frankreich in den Gedanken hineingerannt, daß Oberschlesien die Wasserscheide der deutschen Rache werden könnte, und da man vorerst noch nicht die Möglichkeit hat, das ganze Land an Polen zu geben, so hält man den jetzigen Zustand, der es Deutschland entzieht und Deutschland schmächtig, für vorteilhaft. Vielleicht gibt sich der deutsche Trug kann eine Blöße. Der Ungeist der deutschen Nationalisten setzt vielleicht Deutschland ins Unrecht. Dann ist der Augenblick für neue Sanktionen gekommen und nach französischer Auffassung die beste Zeit zur Zuteilung des gesamten oberschlesischen Industriereviers an Polen.

Le Rond über Prag nach Paris.

Breslau, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) General Le Rond ist gestern abend, nachdem er im Opelner Regierungsgebäude ein großes Abschiedsessen gegeben hatte, im Sonderzuge nach Prag abgereist, wo er anscheinend wichtige Besprechungen hat. Von dort begibt sich Le Rond nach Paris.

Deutsch-englische Besprechungen?

London, 22. Juli. (Ltd. Tel.) Heute wurde bekannt, daß hinter den Kulissen der deutschen Regierung wegen der Beantwortung der französischen Note Verhandlungen gepflogen werden, die allerdings nur einen vertraulichen und vorläufigen Charakter besitzen. Diese Besprechungen bedeuten deshalb noch nicht, daß diese Verhandlungen beschäftigen sich mit zwei Punkten. Erstens will die englische Regierung das deutsche Beweismaterial kennen lernen, das sie zur Entlastung der gegen sie von französischer Seite geführten Anklagen bereitstellt, zweitens will die deutsche Regierung den englischen Standpunkt in dieser Frage kennen lernen, da dieser für die Formulierung der deutschen Antwort außerordentlich wichtig ist. Um auf keinen Fall den Anschein einer geheimen Verabredung mit Deutschland zu erwecken, ist man bestrebt, die Informationen womöglich nicht von Berlin, sondern von Oppeln zu erhalten.

(Eine Nachprüfung der Meldung war bis Redaktionsschluß nicht möglich. D. Red.)

Der Empfang amerikanischer Pressevertreter.

Der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien" behauptet, der Reichskanzler Dr. Wirth habe am Donnerstag bei dem Empfang amerikanischer Pressevertreter eine Rede gehalten, deren Wortlaut gehe um gehalten werde. Der Berichterstatter will aber wissen, daß der Reichskanzler in dieser Rede den deutschen Standpunkt in der Frage des deutsch-amerikanischen Friedens, der Zwangsmaßnahmen und in der oberschlesischen Frage auseinandergesetzt habe. Dr. Wirth soll unzweideutig auf die Vermittlerrolle angespielt haben, die die amerikanische Regierung in der oberschlesischen Frage spielen könnte. Andere Zeitungen wollen sogar wissen, daß die amerikanische Regierung von der deutschen amtlich um diese Vermittlung angegangen worden sei.

Die Behauptungen des Berichterstatters des „Petit Parisien" sind unzutreffend. Zunächst ist festzustellen, daß in hiesigen unterrichteten Kreisen von einem Ersuchen an die amerikanische Regierung um Vermittlung in der oberschlesischen Frage nicht das geringste bekannt ist. Bei dem erwähnten Empfang ist auch von einem solchen Ersuchen nicht die Rede gewesen. Wenn aus den Unterredungen, die der Reichskanzler bei dem rein gesellschaftlichen Empfang mit amerikanischen Journalisten geführt hat, jetzt von einer sensationslüsternen Presse solche Schlüsse gezogen werden, so handelt es sich hierbei um durchaus freie Erfindungen. Der Reichskanzler hat von einer Intervention Amerikas in der oberschlesischen Frage überhaupt nicht gesprochen. Er hat im Gegenteil mit den amerikanischen Journalisten lediglich erklärt, er wisse nicht, wie weit sich die amerikanische Regierung für die oberschlesische Frage interessiere, daß er sich jedoch freuen würde, wenn das der Fall wäre. In diesem Zusammenhang hat der Reichskanzler die ungeheure Bedeutung der oberschlesischen Frage hervorgehoben, die nicht nur eine deutsche und eine europäische, sondern eine Frage von größter Bedeutung für die ganze Welt wäre; er hat hierbei auch darauf hingewiesen, daß es für den Weltfrieden verhängnisvoll werden könnte, wenn zwischen Polen und Deutschland ein bolschewistisches, wirtschaftlich ruiniertes Oberschlesien, ein Reichsland liegen würde, der die Welt verpesten würde.

Alle weitergehenden Mitteilungen über diesen Empfang sind, wie wir zu wissen glauben, lediglich Kombinationen.

—r.

Zwischen Paris und London.

Um den Termin der Konferenz.

Eigene Drahtmeldung.

■ **Basel**, 22. Juli.

Nach einem Pariser Bericht der „Baseler Nachrichten" ist man dort über die Ablehnung der französischen Auffassung in London hinsichtlich der oberschlesischen Frage optimistisch gestimmt und glaubt, daß Briand den französischen Standpunkt durchsetzen werde. Die englischen Bedenken, ein weiteres Hinausziehen der Lösung der oberschlesischen Frage könnte allerlei unvorhergesehene Gefahren mit sich bringen, lehnt man mit dem Hinweis ab, daß man ebenso wie in England auch in Frankreich eine baldige, aber keine übereilte Lösung wünsche.

Wie aus London gemeldet wird, ist man im Foreign Office über die Festigkeit Briands einigermaßen erstaunt, da man eine weniger kategorische Antwort erwartet und sich der Hoffnung hingegeben hatte, daß der Oberste Rat am Ende dieses Monats zusammentreten werde. Die englische Antwort auf die jüngste französische Note ist noch nicht bekannt.

I. **Paris**, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Temps" geht heute in seinem Leitartikel sehr ausführlich auf die englisch-französischen Beziehungen und ihre Rückwirkung auf die französisch-deutschen Beziehungen ein. Er erklärt, daß einer Einigung die Tür nach wie vor nicht verschlossen sei. Lord Curzon habe gestern dem französischen Gesandten in London, St. Aulaire, bei der Ueberreichung der französischen Antwortnote versichert, daß die englische Regierung ihre Tiefe voll und ganz aufrechterhalte, wobei natürlich eine Verständigung immer möglich sei. Die englische Regierung hatte die Zusammenkunft des Obersten Rates im Monat August für möglich und wünschenswert, werde jedoch zur Regelung der oberschlesischen Frage eine „loyale Anstrengung" machen. Der Inhalt dieser Besprechungen ist genau vermittelt von Briand dem Ministerrat vorgelegt worden. Das Blatt hofft, daß Frankreich und England bald zu einer Einigung gelangen würden, um das oberschlesische Problem zu lösen. Insgesamt sei es notwendig, einige Mißverständnisse auszuklären und zu beseitigen.

Die Frage der Truppensendungen.

Paris, 22. Juli. (W. T. B.) Der „Chicago Tribune" wird aus London mitgeteilt, in London gehe man jetzt die Möglichkeit in Betracht, daß Truppen nach Oberschlesien gesandt werden müßten, weil es, wenn die Franzosen mit unbeschränktem Einfluß allein in Oberschlesien walteten, zu Provokationen kommen und dadurch eine Lage geschaffen werden könne, die zu einem weit ernsteren Eingreifen späterhin nötigen würde.

4 **Basel**, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die französischen Verstärkungen für Oberschlesien sollen über Antwerpen, den Kieler Kanal und Danzig nach Oberschlesien gesandt werden, falls die deutsche Regierung nicht einen festen und sicheren Transport durch Deutschland garantiere.

rl. **Paris**, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der französische Generalstab hat die Entsendung von Truppen aus dem Rheinland nach Oberschlesien gestern angeordnet. Die Rheinlandarmee soll Nachschub aus Elsaß-Lothringen erhalten.

Warschau, 22. Juli. (E. E.)

Wie hier bekanntgegeben wird, sind zwei italienische Regimenter auf dem Wege nach Oberschlesien. Die französische Rheinarmee erhielt den Befehl, zwei Divisionen Kavallerie und Infanterie für Oberschlesien bereitzuhalten.

Und wieder das Ruhrgebiet.

I. **Paris**, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Intransigeant" verlangt heute in seinem Leitartikel, daß die französische Regierung, unbekümmert um einen eventuellen Einspruch ihrer Alliierten, zur Besetzung des Ruhrbeckens schreite. Briand habe am 24. Mai in der Kammer erklärt, daß die französische Regierung, falls Deutschland, sei es aus Ohnmacht oder schlechtem Willen, seine Verpflichtungen nicht halte, sofort die notwendigen Maßnahmen ergreifen würde. Da man damals in der Kammer über die Besetzung des Ruhrbeckens verhandelt habe, so sei es klar, daß die französische Regierung auf Grund ihrer früheren Erklärungen zu diesem Schritt, der allein einen Druck auf Deutschland auszuüben imstande sei, schreiten dürfe.

England und Italien.

Eigene Drahtmeldung.

W. **Breslau**, 22. Juli.

Dem französisch-polnischen Aktionsausschuß für Oberschlesien, von dem wir gestern berichteten, gehören an der französische General de Brantes, der polnische General Cyzinski sowie eine Anzahl oberschlesischer Polenführer. Die „Oberschlesische Grenzzeitung", das Organ Korfantys in Beuthen, bringt begeisterte Artikel gegen die Engländer und Italiener und sucht die Sache so darzustellen, als ob die Artikel aus dem deutschen Lager stammten. Sie versteht dabei die Absicht, die englischen und italienischen Truppen gegen die Deutschen aufzuhetzen. Im ganzen Oberschlesien sind polnische Banden gebildet worden, die von den polnischen Zivilbehörden den Befehl erhalten haben, die Bahnhöfe im Ernstfalle zu überrumpeln und die Kassen zu plündern, damit sie in den Besitz deutschen Geldes gelangen. In verschiedenen Orten sind polnische Propaganda- und Informationsbüros errichtet worden, von den Insurgentenmissionen geleitet werden.

Der Beirat für den Wiederaufbau.

Der beim Reichsministerium für Wiederaufbau bestehende Beirat für Reparationsfragen trat heute unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Rathenau zusammen. Der Beirat ist aus Mitgliedern des Reichsrats und des Reichstages, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aus Industrie, Handel, Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft gebildet.

Zweck der Sitzung war die Aussprache über die Organisation der Vergebung der Reparationslieferungen durch den Reichskommissar. Die Sitzung wurde von längeren sachlichen Ausführungen des Reichsministers eingeleitet. Er schilderte den Gang und den derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Finanzierung der Reparationslieferungen und deren Bewertung. Er erläuterte ferner die, die durch die Bereitstellung der Anforderung von Warenlieferungen für den Wiederaufbau verbraucht werden, soweit die Bestellungen zu Reparationszwecken nicht auf dem Wege der freien Vereinbarung zwischen Bestellern und Lieferern unmittelbar erfolgen werden. Aufgabe der Leistungsverbände wird es sein, die Lieferungen, deren Umfang sich übrigens erst nach Abschluß der schwebenden Verhandlungen übersehen lassen wird, unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Länder und Landesteile sowie der Berufsgruppen aufzuteilen. Die Zusammenfassung der Leistungsverbände soll auf dem Wege der Selbstverwaltung die Entgegennahme, Aufteilung und Durchführung der Aufträge sichern.

In der Aussprache ergab sich allgemeines Einverständnis mit den Ausführungen und Absichten des Ministeriums. Dabei wurden verschiedenen Beiratsmitgliedern wertvolle Anregungen gegeben, denen der Minister Prüfung und Berücksichtigung in Aussicht stellte. Insbesondere trat er mit Entschiedenheit dem gleichgeltig geäußerten Wunsch bei, zu verhindern, daß unberechtigte Reparationsgewinne erzielt würden. Der Minister schloß mit Worten des Dankes und mit der Bitte an den Beirat, dem Wiederaufbauministerium auch weiterhin beratend zur Seite zu stehen.

Frankreich baut selbst Holzhäuser.

I. **Paris**, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Liberté" berichtet heute über die Lieferung von deutschen Holzhäusern an Frankreich, daß diese an Ort und Stelle von französischen Arbeitern unter der Aufsicht deutscher Techniker errichtet werden sollen. Falls eine Einigung in dieser Frage zwischen Deutschland und Frankreich erzielt werde, würden französische Arbeiter nach Deutschland kommen, um dort die technischen Einzelheiten für den Bau und die Zusammensetzung der Häuser zu erlernen, so daß die Verwendung deutscher Arbeitskräfte hier bald unnötig werde. Die französische Regierung habe bisher einen Beschluß noch nicht gefaßt, doch werde sie wahrscheinlich im Laufe des Monats August ziehen. Am Schlusse der Meldung hieß es, daß auf diese Weise die noch erforderliche Menge Brotgetreide im Ausland zu recht günstigen Bedingungen erworben werden könnte. Unsere Vermutung ist also so bleibt es ungeklärt, warum anstelle eines direkten amerikanisch-deutschen Kredits der Umweg eines englischen Vermittlung gewählt worden ist.

Die amerikanische Tarifbill.

EP. **Washington**, 22. Juli. Das Abgeordnetenhaus hat mit 289 gegen 127 Stimmen die Tarifbill angenommen. Die Tarifbill sieht erhöhte Zölle für Import und Export aller fremden Waren vor, doch sind in der Bill bedeutende Ermäßigungen vorgesehen.

Aburteilung österreichischer Kriegsbeschuldigter.

Rom, 22. Juli. (T. U.) Wie „Stampa" meldet, steht die Aburteilung der österreichischen Kriegsbeschuldigten auf der Tagesordnung des Obersten Rates. Von zuständiger Seite verlautet, daß der Antrag eingebracht worden, probeweise von der österreichischen Regierung dasjenige Gerichtsverfahren zu verlangen, das in Deutschland durchgeführt worden.

Keine Verhaftung Patzigs.

Kopenhagen, 22. Juli. (W. T. B.) Zu den Gerüchten über eine Verhaftung des Kapitänleutnants Patzig in Dänemark stellen, wie Ritzaus Bureau mitteilt, sowohl die zuständige politische Polizei, wie die dänische Staatspolizei fest, daß die Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Keine Erhöhung der Eisenbahntarife.

Zu den neuerdings wieder aufgetauchten Gerüchten über bevorstehende Tariferhöhungen bei der Eisenbahn wird amtlich festgestellt, daß im Reichswerkesministerium eine Erhöhung der Tarife im Personen- oder Güterverkehr zur Zeit nicht erwogen wird.

Sozialpolitische Chronik.

Von

Dr. **August Müller**, Staatssekretär a. D.

(**Der Kampf um den Brotpreis. — Rentenbezug der Sozialversicherungsgesetze. — Fusionierungsbestrebungen in der Gewerkschaftsbewegung. — Die soziale Mittelstandsbewegung.**)

Unter den Bestimmungsgründen der Lohnhöhe spielt der Brotpreis seit jeher eine ausschlaggebende Rolle. Obgleich die Ausgaben für Brot im Arbeiterhaushalt in langsamem, relativem Zurückgehen bis zum Kriegsausbruch begriffen waren, haben doch Tradition und gefühlsmäßige Erwägungen den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Brotpreis aufrechterhalten. Während des Krieges hat das zu Getreidepreisfestsetzungen in unzulänglicher Höhe geführt. In die Getreidewirtschaft nicht mehr aufrechterhalten bleiben kann ist es dafür unvermeidlich, daß auch die Getreidepreise eine der allgemeinen Geldentwertung entsprechende Erhöhung erfahren.

Die Reichsregierung und mit ihr der Reichstag haben sich zu zwingen, der Notwendigkeit beugend, die bisherige starre Form der Getreidebewirtschaftung durch ein etwas bewegsicheres System ersetzt, durch das folgende Momente verstärkt werden sollen: Einmal soll sich klar darüber, daß dieses nur ein Uebergangsstadium bildet und im nächsten Jahre die vollkommen freie Getreidebewirtschaftung eingeführt werden muß. Wie sich dann der heimische Getreidepreis zum Weltmarktpreis verhalten wird, ist eine Frage, deren schwerwiegende Bedeutung man erkennen wird, wenn man die sozialen Folgen der in diesem Jahre vorgenommenen Brotgetreidepreiserhöhungen ins Auge faßt. Die Regierung hat einen Brotgetreidepreis von 2100 Mark für die Tonne Roggen, das sind 500 Mark mehr als bisher gezahlt wurden, für angebracht gehalten, während eine Tonne Weizen noch um 200 Mark höher bezahlt werden soll. Der Reichstag stimmte diesen Preisen zu, verlangte aber, daß durch die Getreidepreiserhöhung der Brotpreis höchstenfalls um 40% aufgebracht werden dürfe. Der Reichswirtschaftsrat beschloß, daß der Preiserhöhung nur zugestimmt werden könnte, wenn die Reichsregierung unverzüglich Maßnahmen ergreife, durch die der Kleinrentner, Invaliden, Altersversorgungsberechtigten und Erwerbslosen entsprechende Zuschüsse zum Lebensunterhalt gewährt würden. Außerdem wurde in dem Beschluß ausgedrückt, man allen zuständigen Stellen werde erwartet, daß sie durch geeignete Maßnahmen eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Lohnund Gehaltsempfänger infolge der Preiserhöhung verhindern. Die Regierung hat im vergangenen Jahre für etwa 14 Milliarden Mark Brotgetreide importiert und die Kosten hierfür zum größten Teil auf die Reichskasse übernommen, wodurch natürlich der Brotpreis auf Kosten der Allgemeinheit künstlich niedrig gehalten wurde. Da die Finanzlage eine Fortsetzung dieser Politik verbietet, hat die Regierung im diesjährigen Etat 31½ Milliarden Mark für Brotpreisverbilligung vorgesehen. Sie rechnet selbst bei Verwendung dieser Summe mit einer Erhöhung des Brotpreises um annähernd 50%. Die Aussicht auf eine solche Brotpreiserhöhung hat aber bereits Lohnforderungen auf den Plan gerufen, die Lohnerhöhungen als Ausgleich für die Verteuerung des Brotes verlangen.

Die Schwierigkeiten, die hier vorliegen, sind nicht gering. Der Weizenpreis betrug vor Beginn des Jahres 1914 206 ℳ in Berlin, wenn er nunmehr auf 2300 ℳ erhöht wird, so entspricht das ungefähr der Entwertung der Mark. Es läßt sich nun so weniger etwas gegen die amtliche Preisfestsetzung sagen, als der Weltmarktpreis infolge der Valutadifferenz ja um ein bedeutendes höher ist. Andererseits spielt unter dem Einfluß der durch den Krieg verursachten wirtschaftlichen Umwälzungen das Brot im Haushalt der großen Masse wiederum eine gegen die Vorkriegszeit verstärkte Rolle. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, um den Preisaufstieg zu verlangsamen, können aus Rücksicht auf die katastrophale Gestaltung der Reichsfinanzen eigentlich nicht befürwortet werden. Jedenfalls können die die private Industrie vornimmt, kommen aber nur einem Teil der Bevölkerung zugute und nicht einmal dem allernotleidendsten. Außerdem vermindern derartige Maßnahmen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, die mit stetig wachsenden Produktionskosten in einer Zeit zu rechnen hat, in der in England und Amerika, also den Hauptkonkurrenzländern, einer energischen Reduzierung der Produktionskosten, insbesondere der Löhne, durchgeführt wird. Diese Zusammenhänge zeigen das Problem: Löhne und Brotpreis einander anpassen, äußerst schwierig. Es ist aber erfreulich, daß die Gewerkschaften in Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden, die durch die Arbeitsgemeinschaften geführt werden, zu einer Verständigung zu gelangen versuchen. Hoffentlich bleibt das deutsche Wirtschaftsleben vor Lohnkämpfen infolge der Brotpreiserhöhung bewahrt. Die Regierung zur Verständigung auf beiden Seiten wird vielleicht verstärkt, wenn man sich daran erinnert, daß für das nächste Jahr mit freier Unternehmerbindung zu rechnen ist, die jedenfalls ein noch stärkeres Ansteigen der Preise zur Folge haben wird, als dieses Jahr allseitig als notwendig anerkannt wurde.

*

Der Reichstag hat kurz vor seinem auseinandergehen in der sozialen Versicherungsgesetzgebung einige Aenderungen getroffen, die durch die Geldentwertung und die Kenderung der sozialen Verhältnisse notwendig geworden sind. Auf Grund früherer Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften erhalten diejenigen Personen, die Alters- und Invalidenrenten beziehen, eine Zulage, die zwischen 70 und 30 ℳ pro Monat je nach der Art der Rente schwankt. Diese Zulagen sind nunmehr auch solchen Rentenbeziehern gewährt worden, die auf Grund des Versicherungsgesetzes für Angestellte Alte Renten erhalten. Die Höhe der Zulage ist die gleiche wie bei den Invalidenrenten. Der Reichstag hat zugleich diesen Anlaß benutzt, um die Versicherungsgrenze von 15 000 ℳ auf 30 000 ℳ zu erhöhen,